

(Frau Vizepräsident Friebe)

(A) Ich rufe auf:

Einzelplan 06 - Minister für Wissenschaft und Forschung

Ich darf darauf hinweisen, daß die vorliegenden Änderungsanträge in die Beratung einbezogen werden.

Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abg. Dr. Fischer das Wort.

Dr. Fischer (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wohin man auch blickt, eine drangvoll fürchterliche Enge, total überlastete Professoren,

(Henning (SPD): Professoren?)

miserable Arbeitsbedingungen. Die Politik dient nicht mehr, sie reglementiert nur noch den universitären Notstand. Manch eine Universität - Gesamthochschule - steht kurz vor dem Abstieg in die Kreisklasse der Bildung, der Ausbildung und erst recht der Forschung.

Diese Beschreibung der nordrhein-westfälischen Hochschulsituation 1988 stammt nicht von mir, sondern von einem bekannten Journalisten unseres Landes, der der SPD sehr nahe steht. Leider trifft seine Beschreibung in allen Punkten zu.

(B) Unser Land Nordrhein-Westfalen hat zahlreiche gute Hochschulen. Unser Land Nordrhein-Westfalen hat viele tüchtige Studenten. Unser Land Nordrhein-Westfalen hat eine große Zahl leistungsfähiger und auch leistungswilliger Wissenschaftler. Was unserem Land fehlt, ist eine Landesregierung, die durch kompetente, kreative und zukunfts-trächtige Wissenschaftspolitik angemessene Rahmenbedingungen schafft, damit diese Pfunde wuchern können.

In keinem Bereich der Landespolitik sind die Versprechungen des Ministerpräsidenten so schnell als hohles Geklingel entlarvt worden wie in der Hochschulpolitik. In der Regierungserklärung vom 8. Juli dieses Jahres nahm der Bereich Wissenschaft und Forschung einen herausgehobenen Platz ein. Herr Rau wiederholte den mittlerweile abgenutzten Hinweis - wörtlich -:

In den letzten zweieinhalb Jahrzehnten haben wir in Nordrhein-Westfalen die dichteste Hochschullandschaft in Europa aufgebaut.

(Hunger (SPD): Das stimmt immer noch!)

(C) Ich sehe davon ab, daß die großen reformerischen Universitätsgründungen wie zum Beispiel Bochum und Dortmund von CDU-Regierungen eingeleitet wurden.

(Eichhorn (SPD): Hör doch auf!)

- Wenn Sie das bestreiten, haben Sie keine Ahnung. Da müssen Sie sich einmal belehren lassen.

(Zurufe von der CDU)

Ich sehe auch davon ab, daß Baden-Württemberg eine ähnlich dichte Hochschullandschaft aufweist. Für sich betrachtet ist dieser Hinweis allein ein quantitativer Gesichtspunkt zunächst ohne jeden Qualitätsbezug. Was nützt uns in Nordrhein-Westfalen die dichteste Hochschullandschaft, wenn die Hochschulen teilweise an innerer Auszehrung leiden, da sie durch finanzielle Restriktion geknebelt und in ihrer Arbeit massiv behindert werden? Was nützt uns die dichteste Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen, wenn die Studenten bei uns in Nordrhein-Westfalen wesentlich schlechter betreut werden als in anderen Ländern?

(Zustimmung bei der F.D.P.)

(D) Hier hat es in Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren gravierende Versäumnisse gegeben. Ich würde Ihnen von der SPD raten, einmal gut aufzupassen. Während die Zahl der Studenten in Nordrhein-Westfalen in den letzten zehn Jahren um 55,5 % gestiegen ist, nahm das wissenschaftliche Personal nur um 24,7 % zu, d. h. es lag um 25 % unter dem Bundesdurchschnitt. Bei überdurchschnittlich vielen Studenten hat Nordrhein-Westfalen eine weit unter dem Durchschnitt liegende Zahl von Wissenschaftlern an unseren Hochschulen. In keinem Bundesland - das wiederhole ich hier noch einmal - muß ein Hochschullehrer soviel Studenten betreuen wie in Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von der SPD: Du hättest gestern Fernsehen schauen sollen!)

Bei uns entfallen auf den Professor 30 % mehr Studenten als im Bundesdurchschnitt. Diese Zahlen berücksichtigen nicht einmal den Anstieg der Studentenzahlen und die Stellenkürzungen in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren.

(Zuruf von der SPD: Mir kommen die Tränen!)

Das wiederhole ich auch noch einmal, meine Damen und Herren: Wollten wir in Nordrhein-

(Dr. Fischer (CDU))

- (A) Westfalen auch nur annähernd die Studenten so gut betreuen wie in anderen Ländern, müßten wir in Nordrhein-Westfalen sofort über 10 000 Stellen für Wissenschaftler schaffen.

In seiner Regierungserklärung hat Herr Rau ferner gemeint: "Von hier" - und damit meint er die Hochschulen - "wird künftig noch mehr Kraft ausgehen für die Erneuerung des ganzen Landes".

Man muß schon - ich bedauere, daß Herr Rau nicht da ist - in dem Zustand andauernder guter Hoffnung sein, wenn man diese Leistung von unseren Hochschulen in der derzeitigen Situation ernsthaft in Erwägung zieht. Wer von den Hochschulen einen zentralen Beitrag zur ökonomischen und ökologischen Erneuerung unseres Landes erwartet, muß sie dazu auch in die Lage versetzen. Trotz einzelner Erhöhungen und Abmilderungen fehlen an allen Ecken und Kanten Finanzmittel, um einen respektable Standard zu halten.

- (B) Heute wirkt sich verhängnisvoll aus, daß Nordrhein-Westfalen seit Jahren bei den Ausgaben für die Forschung weit unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Mit 280 DM pro Kopf der Bevölkerung liegen wir nicht nur 13,6 % unter dem Bundesdurchschnitt, sondern konkurrierende Länder, wie ich sie einmal nennen will, wie Bayern, Niedersachsen oder Baden-Württemberg liegen mit 366, 381 und 420 DM mit weitem Abstand vor uns, übertreffen uns also teilweise um 50 %.

Dafür tragen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD, die Verantwortung. Sie haben zu verantworten, daß sich durch falsche und unterlassene Weichenstellungen heute deutliche Fehlentwicklungen abzeichnen. Sie haben zu verantworten, daß die tatsächlich dramatische Situation in Nordrhein-Westfalen bis zum Mai 1990 nur verschleiert wird. Sie haben schließlich zu verantworten, daß die Hochschulpolitik dieses Landes in einem Maße in die Kritik geraten ist wie nie zuvor.

Alle Gruppen an den Hochschulen, Frau Brunn, von den Studenten bis zu den Professoren, sind mit der Hochschulpolitik dieser Landesregierung nicht zufrieden.

(Zustimmung bei der CDU)

Am Donnerstag der letzten Woche haben Sie, Frau Brunn, dafür wieder einmal die Quittung bekommen. Sie, Frau Brunn, haben in einem Interview der FAZ zugegeben, daß Einsparungen an den Hochschulen von Nordrhein-

- (C) Westfalen aus Zeitnot oft ohne die erwünschte sorgfältige Planung hätten getroffen werden müssen.

(Schultz-Tornau (F.D.P.): Sehr wahr!)

Im gleichen Artikel haben Sie darauf verwiesen, andere Länder täten das Gegenteil von dem, was die Finanznot Nordrhein-Westfalens gebiete. Sie bewilligten den Hochschulen Hunderte von neuen Stellen, und Sie verwiesen damit auf Bayern und Baden-Württemberg.

(Frau Minister Brunn: Ja sicher, das war vor zwei Jahren!)

Und ich gebe Ihnen damit völlig recht, Frau Brunn. Dieses fortwährende Herumgewurstel in Nordrhein-Westfalen, diese Flickschusterei muß endlich ein Ende haben.

Ein nordrhein-westfälischer Wissenschaftler, übrigens von einer Gesamthochschule, hat dies am Wochenende mit der Überschrift versehen: Die Pfuscheri will kein Ende nehmen. Wir sind schon der Meinung, daß dies endlich aufhören muß.

- (D) Falsche Entscheidungen der Vergangenheit führten unsere Hochschulen in eine Krise, Versprechungen werden von der Landesregierung nicht eingehalten - Hagen! -, ein überzeugendes Gesamtkonzept ist überhaupt nicht in Sicht, und eine erdrückende Überlast und finanzielle Einschränkungen treiben selbst die motiviertesten Hochschullehrer zur Verbitterung.

Ich kenne zahlreiche Hochschullehrer in Nordrhein-Westfalen, die sich von Ihrer Politik im Stich gelassen fühlen und bereits aus vielerlei Gründen ins innere Exil gegangen sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Haushalt für den Bereich Wissenschaft und Forschung ist an vielen wichtigen Stellen unbefriedigend: Senkung bei den Studentenwerken, fehlende Mittel für die Sachausstattung, unzureichende Bibliotheksmittel, Vernachlässigung der Graduiertenförderung, nicht ausreichende Notzuschlagsmittel, zurückgehende Investitionen, zurückgehende Einzelforschungsförderung, mangelhafte Forschungsförderung insgesamt, weiteres Ausbluten der Hochschulforschung! Das sind neuralgische Punkte, auf die ich wegen der vorgerückten Zeit nur hinweisen kann.

Ein ganz besonders trauriges Kapitel möchte ich nicht ausklammern. Ich meine die Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses in

(Dr. Fischer (CDU))

- (A) Nordrhein-Westfalen. Es gibt kein anderes Bundesland, das dieses Problem so unsozial und unmenschlich angeht. Es verbittert mich zutiefst, wenn ich mit ansehen muß, wie hier im Lande viele hervorragende Wissenschaftler, deren Ausbildung Hunderttausende gekostet hat, in die Arbeitslosigkeit entlassen werden und wiederum auf Kosten des Steuerzahlers leben müssen, obwohl sie wichtige und anerkannte wissenschaftliche Leistungen bereits erbracht haben und weiter erbringen könnten, wenn Sie, meine Damen und Herren von der SPD, ihnen dazu nur eine Chance ließen.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich möchte heute die Landesregierung und die SPD-Fraktion noch einmal an ihre Verantwortung erinnern und einen echten Fiebiger-Plan für Nordrhein-Westfalen einfordern. Was da bisher in Nordrhein-Westfalen gemacht wurde, war ein Etikettenschwindel. Es muß in Nordrhein-Westfalen endlich Schluß sein damit, daß geistige, intellektuelle und wissenschaftliche Ressourcen verschleudert werden. Das ist ein landespolitischer Skandal ersten Ranges, über den die Landesregierung nicht gerne redet. Deshalb spreche ich dieses Thema immer wieder in der Öffentlichkeit an.

- (B) Ich möchte, Frau Brunn und meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, einem möglichen Mißverständnis vorbeugend, keineswegs alle Initiativen der Landesregierung und alle Anträge der SPD als falsch und unsinnig verwerfen. Wir haben im Ausschuß unsere Zustimmung oft nicht versagt. Allerdings wurden alle, auch sinnvollen und vernünftigen, Anträge der CDU von Ihnen niedergestimmt.

(Zuruf von der SPD: Das waren aber nicht viele!)

Wir haben auch den 45 Stellen für die Fernuniversität in Hagen zugestimmt. Aber - das möchte ich deutlich hinzufügen - sich dieses Antrages als Wohltat zu rühmen, besteht für Sie von der SPD nun wirklich kein Grund. Dafür haben wir in Hagen durch die SPD-Mehrheit dieses Hauses eine ganze Fachhochschule verloren, und dieser Verlust schmerzt noch heute. Wir werden sehr aufmerksam beobachten, ob das Schmerzensgeld, nämlich diese 45 Stellen, tatsächlich in den nächsten Jahren so kommt wie angekündigt. Ich kann Frau Cloppenburg nur zustimmen: sie hat im WDR 3 dazu gesagt: "Die 45 Stellen heute als eine aktuelle Hilfsmaßnahme für die Hochschulen zu verkaufen, ist eine Zumutung. Das ist hart am Taschenspielertrick." Meine sehr verehrten Damen und Herren, treffender kann man die SPD und ihre Hochschulpolitik nicht entlarven.

Ich möchte schließen. Man muß nicht der Opposition angehören, (C)

(Zuruf von der SPD)

- ich weiß: Es tut weh, wenn man die Wahrheit hören muß -, um zu einer negativen Bilanz der SPD-Hochschulpolitik in Nordrhein-Westfalen zu kommen. Zahlreiche andere, parteipolitisch unabhängige Sachverständige kommen mit mir zu einem ähnlich negativen Urteil. Die Krise unserer Hochschulen, Frau Brunn, läßt sich durch Beschwichtigungen und Beschwörungsformeln, wie Sie es immer versuchen, nicht wegreden. Die Politik Ihrer Partei, Ihrer Fraktion hat die Hochschulen unseres Landes zu Dauerpatienten gemacht, deren Leidenszeit nicht abzusehen ist.

(Zuruf von der SPD: Gehen Sie einmal nach Stuttgart!)

Unsere Hochschulen brauchen kräftige Hilfen, und zwar jetzt, sofort und umfassend - auf der Grundlage eines überzeugenden Gesamtkonzeptes. Die SPD-Landesregierung ist erwiesenermaßen nicht imstande, das zu leisten. Ich kann nur darauf hoffen, daß es uns in den kommenden Jahren gelingt, dies den Bürgern unseres Landes deutlich zu machen, denn nur durch eine Ablösung dieser Regierung kann es zu einer Besserung und Heilung unserer Hochschulen kommen. Und das ist zum Wohle des ganzen Landes bitter nötig! (D)

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Fischer als Wissenschaftsminister!)

Frau Vizepräsident Friebe: Der nächste Redner ist Herr Abg. Reichel für die Fraktion der F.D.P.

Reichel (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute morgen war hier die Rede von Prioritäten im Haushalt. Mein Eindruck ist, daß Anspruch und Wirklichkeit gerade bezüglich dieser Prioritäten nirgends so weit wie im Etat von Wissenschaft und Forschung auseinandergehen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung vom 08. Juni 1988 Wissenschaft und Forschung zum neuen Rohstoff dieses Landes erklärt und wörtlich formuliert:

Von hier

- also von den Universitäten und Fachhochschulen -

(Reichel (F.D.P.))

- (A) wird künftig noch mehr Kraft für die Erneuerung des ganzen Landes ausgehen.

Ich frage mich, meine Damen und Herren, wie eigentlich mehr Kraft von den Hochschulen ausgehen soll, wenn der gleiche Ministerpräsident seiner Wissenschaftsministerin erlaubt, jetzt erst einmal für drei Jahre geradezu mit der Axt durch die Stellenpläne der Hochschulen in Nordrhein-Westfalen zu ziehen.

(Kern (SPD): So ein Quatsch!)

Die Universitäten befinden sich in einer einzigartigen Notsituation. Wenn Sie einmal an einer dieser Demonstrationen von Studenten, auch von konservativen Studenten in Bonn - da hätten Sie mich beispielsweise gesehen - teilgenommen hätten, dann wüßten Sie das.

(Apostel (SPD): Warum waren Sie eigentlich nicht in Rheinhausen auf der Demonstration dabei?)

Es ist natürlich klar, daß überall und nicht nur in Nordrhein-Westfalen das Problem der Überlast die Universitäten prägt. Das ist vollkommen richtig. Wir alle sind ein bißchen zu sehr auf die Demographen fixiert gewesen, die uns eine überalterte Gesellschaft prognostiziert haben, die es sicherlich nach dem Jahr 2000 auch geben wird, dabei aber übersehen haben, daß die geburtenstärksten Jahrgänge der Nachkriegszeit heute erst Mitte 20 sind und sich noch in unseren Bildungseinrichtungen aufhalten.

(B)

Klar ist aber auch, meine Damen und Herren von der SPD, daß es auf diese Überlast der Universitäten sehr unterschiedliche Reaktionen in den Ländern gegeben hat. Als Hessen schon ein Notprogramm hatte, haben Sie im Ausschuß einen Antrag der F.D.P.-Fraktion zur Einrichtung eines Notprogramms in Nordrhein-Westfalen noch abgelehnt.

(Kniola (SPD): Das ist doch falsch! Da waren Sie noch gar nicht im Landtag, Herr Reichel!)

Ich halte das für unvertretbar. Deswegen stellen wir diesen Antrag heute im Plenum noch einmal.

Ich will Ihnen, Frau Ministerin, auch nicht ersparen, daß ich Ihnen vorhalte, daß Sie offenbar gar nicht begriffen haben, was denn ein Notprogramm überhaupt bewirken soll. Wie sonst soll ich mir eine Äußerung Ihrerseits gegen ein solches Notprogramm im "Kölner Stadtanzeiger" vom 11.11. - vielleicht hat das ja am Datum gelegen - erklären, indem Sie sagen:

Ein großangelegtes Notprogramm und wesentliche Vermehrungen des Hochschulpersonals, das birgt die Gefahr langfristiger Fehlinvestitionen. (C)

Das mag ja durchaus sein. Aber ich habe nicht den Eindruck, daß es jemals darum ging, langfristige Investitionen in Gebäude und in Personal zu tätigen. Vielmehr geht es gerade darum, schnelle Hilfe zu leisten, Frau Brunn, also die Initiative des Bundesbildungsministers in dieser Richtung aufzugreifen.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.)

Der Ministerpräsident hat das ja ganz offensichtlich begriffen, sonst hätte er der Landesrektorenkonferenz nicht jetzt seine Bereitschaft angekündigt, daß sich Nordrhein-Westfalen an diesem Notprogramm beteiligt.

Heute morgen haben Sie den Bundesbildungsminister angegriffen, Frau Brunn. Ich finde das außerordentlich unfair; denn ich glaube, bei allem Streit um Personen - er ist ja nun keine Person, die nur ungeteilte Freude auslöste, in welchem Lager auch immer -

(Zurufe der SPD: Sie sprechen von Herrn Möllemann?)

- Ich spreche von Herrn Möllemann -, sollten wir doch alle gemeinsam zur Kenntnis nehmen, daß es den Beschluß über das Bund-Länder-Programm nicht gäbe, wenn Herr Möllemann nicht als erster die Initiative ergriffen hätte. (D)

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich kann mich nicht erinnern, Frau Brunn, daß Sie in Ihrer Eigenschaft als Vorsitzende oder stellvertretende Vorsitzende der Bund-Länder-Kommission eine entsprechende Initiative in Gang gebracht hätten.

Herr Kniola, was Sie heute morgen zum Bereich des Bundesbildungsministeriums und der Haushaltsberatungen in Bonn gesagt haben, finde ich auch nicht fair. Sie haben versucht, den gleichen Trick hier noch einmal zu spielen, den Ihre Kollegen im Deutschen Bundestag gespielt haben. Sie haben nämlich gefragt, warum er nicht seine Milliarden schon in den Haushalt eingestellt hätte.

(Trinius (SPD): Da steht nichts drin!)

Sie wissen doch, daß die Entscheidung, daß die Länder sich an einem solchen Programm beteiligen, erst nach Verabschiedung des Bundeshaushalts gefallen ist, und Sie ver-

(Reichel (F.D.P.))

- (A) stehen genug vom Haushaltsrecht, um zu wissen, daß der Bundesbildungsminister nicht vor konkreten Vereinbarungen mit den Ländern einen Blankoscheck in den Bundeshaushalt einstellen kann. Genau darum geht es, und deshalb wollen wir die Beratungen abwarten, die Rechtsfragen klären. Dann werden wir sicherlich auch zum Ergebnis eines entsprechenden Nachtragshaushaltes kommen.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abg. Reichel, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abg. Trinius?

(Reichel (F.D.P.): Aber sicher!)

- Bitte sehr!

Trinius (SPD): Darf ich Ihre Aussage so verstehen, daß Sie sich für einen Nachtragshaushaltsplan des Bundes einsetzen werden - unmittelbar, nachdem die Entscheidung der Kultusministerkonferenz ja gefallen ist -, in dem diese Mittel etatisiert werden?

(Schauerte (CDU): Das ist doch eine gute Sache!)

Reichel (F.D.P.): Herr Trinius, ich glaube, ich erzähle keine Neuigkeit, wenn ich den Beitrag meines Kollegen Schultz-Tornau von heute morgen wiederhole, der gesagt hat: Sinn und Zweck dieser Vereinbarung ist es ja gerade, den Hochschulen möglichst bald Mittel zur Verfügung zu stellen. Aber wir müssen die Vereinbarungen ja wenigstens abwarten,

(B)

(Zustimmung bei der CDU)

und dann wird der Bund dies selbstverständlich in Form von Haushaltsmitteln zur Verfügung stellen. Ich hoffe, daß auch Sie dann keinen Rückzieher machen werden, Herr Trinius.

(Trinius (SPD): Ich wünsche Ihnen ein langes Gedächtnis!)

- Ja, wir haben mit Sicherheit ein langes Gedächtnis.

Wir halten es, was die Wissenschafts- und Forschungspolitik angeht, mit dem Ministerpräsidenten, der ja offensichtlich auch die Einschätzung von Frau Brunn, wie Sie sie hier in der Aktuellen Stunde des Landtags am 11.11. - das Datum hat eine magische Anziehungskraft - geäußert hat: daß nämlich die Opposition die Studentenflut erst herbeigeredet hat - -

(Frau Minister Brunn: So ein Quatsch!)

- Ich zitiere wörtlich. Sie haben gesagt: "Nach der Sintflut rufen Sie jetzt die Studentenflut aus." Also: Offensichtlich handelt es sich hier nur um eine Fiktion der Opposition. (C)

(Dr. Pohl (CDU): Ja, so einfach kann man sich das machen!)

Der Herr Kultusminister hat heute morgen dieses schöne Bild geprägt, daß die Opposition sich ja wohl häufig auf dem Mond aufhalte. Ich will dieses schöne Bild aufgreifen, Frau Ministerin: Wenn man Ihren Ausführungen zur Situation an den nordrhein-westfälischen Hochschulen zuhört, hat man wirklich das Gefühl: Sie verfolgen diese Diskussion von einer anderen Galaxie aus; so weit sind Sie jedenfalls von den Realitäten an den einzelnen Universitäten in Nordrhein-Westfalen entfernt.

(Zustimmung bei der F.D.P. - Apostel (SPD): Der einzige, der das richtig sieht, sind Sie?)

Sie sagen, wir - die Opposition - sollten die Studenten doch bitte nicht verunsichern. Ich kann Ihnen versichern: Das ist nun wirklich gar nicht nötig - nach den traurig erfolgreichen Bemühungen, die Sie in dieser Richtung angestellt haben. Ich weiß gar nicht, für wie wahrnehmungsunfähig Sie die Studenten in Nordrhein-Westfalen halten. Die haben doch nicht demonstriert, weil die Opposition hier irgend etwas initiiert hätte. Ich weiß gar nicht, ob Sie wissen, was Sie den Studenten an den Universitäten derzeit zumuten. Offensichtlich sind Ihre Vorstellungen vom universitären Leben doch noch sehr geprägt von eigenen, vielleicht eher romantischen Erinnerungen an das Studentenleben. (D)

(Heiterkeit)

Jedenfalls sind wir heute weit entfernt von jeder Romantik um das Studieren an nordrhein-westfälischen Hochschulen, wenn man sich vor Augen führt, daß man mittags erst einmal zwei Stunden in der Mensa zubringt,

(Kniola (SPD): Das stimmt doch gar nicht!)

daß man tage-, oft wochenlang auf Fachliteratur wartet, daß man aus überfüllten Vorlesungen herausgeschickt und aufs nächste Semester vertröstet wird und dann auch noch hört: Eigentlich könnten die Studienzeiten ja kürzer sein. Also, Frau Brunn: Was einem

(Reichel (F.D.P.))

- (A) heute an den Hochschulen zugemutet wird, ist einfach unerträglich.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Ich halte es für eine wahnsinnige Verharmlosung, so zu tun, als ginge es hier nur darum, daß die Opposition Fiktionen verbreite.

(Kern (SPD): Unerträglich ist Ihr Horrorgemälde!)

Lesen Sie doch wenigstens einmal, wenn Sie uns schon nicht glauben, die Broschüren Ihres eigenen Nachwuchses - an einigen Hochschulen gibt es den ja noch -, der Juso-Hochschulgruppen. Sie schreiben in ihrem Programm für eine neue Bildungs-offensive unter anderem:

Es darf nicht sein, daß mehrere Generationen von Studenten unter einer verfehlten Hochschulpolitik des Landes in eng besetzten Räumen bei schlechter Ausstattung leiden.

Das ist ohne Polemik, aber es trifft den Kern der Sache. Die Notlage der vielen Studenten in Nordrhein-Westfalen ist keine Erfindung der Opposition. Wir brauchen schnelle Hilfe, und diese schnelle Hilfe vermissen wir im Einzeletat des Ministers für Wissenschaft und Forschung.

- (B) Noch eines unterscheidet uns von anderen Bundesländern: Statt schnelle Hilfe durch ein Notprogramm zu leisten, versuchen Sie ausgerechnet jetzt, Ihre Strukturpläne für die 90er Jahre umzusetzen. Es reden alle von "Entlastung" der Universitäten, und Sie tun das Gegenteil: Sie bürden den Universitäten zusätzliche Lasten auf. Das ist geradezu so, als wenn man einem Ertrinkenden zur Rettung auch noch einen Mühlstein zuwirft.

Die Umverteilung von Stellen, Frau Ministerin, setzt nämlich eines voraus: daß es auf der einen Seite Leute gibt, die abgeben können,

(Kniola (SPD): Richtig!)

und auf der anderen Seite solche, die annehmen wollen. Sie haben die Universitäten gefragt, ob und wo Stellen abgegeben werden können. Die Antwort war ein eindeutiges Nein.

(Kern (SPD): Das ist ja nicht wahr!)

Es ist gesagt worden, daß man statt Stellen abzubauen im Gegenteil eine ganze Reihe

Stellen mehr braucht. Jetzt frage ich Sie, wie Sie eigentlich Hochschulautonomie definieren, wenn Sie trotz dieser und gegen die Ergebnisse dieser Befragungsaktion an den Universitäten nun erst einmal 483 Stellen in Nordrhein-Westfalen streichen und hier auch noch den Eindruck erwecken, als würde das alles in Absprache mit den nordrhein-westfälischen Hochschulen stattfinden. (C)

(Apostel (SPD): Schon wieder eine Lüge! Kein Mensch streicht Stellen!)

Ich will ein weiteres Beispiel für das bringen, was Sie offensichtlich unter Hochschulautonomie verstehen. In einer Pressekonferenz am 8. November hieß es unter anderem: "Ab Ende Mai bis Ende September hat die Landesregierung mit den Hochschulen die Ergebnisse der aufgabenkritischen Überprüfung durchgesprochen." Das klingt so, als hätte man gemeinsame Ergebnisse festgestellt.

(Apostel (SPD): Aber nur für Sie!)

- Das klingt zumindest so. Das werden Sie mir zugestehen, daß es vom allgemeinen Sprachempfinden her auch so auszulegen ist.

Unter dem gleichen Datum schreibt der Präsident der Landesrektorenkonferenz, Herr Professort Erichsen:

Bei der Verteilung der abgezogenen Stellen sind die Hochschulen vollends zum Objekt des Verfahrens degradiert worden. Insbesondere sind ihnen gegenüber die Kriterien der Neuverteilung von Stellen weder offengelegt noch mit ihnen diskutiert worden. (D)

Das ist das Gegenteil dessen, was Sie an Eindrücken auf Ihrer eigenen Pressekonferenz erweckt haben.

(Beifall bei der F.D.P.)

Es war wiederum der Ministerpräsident, der eingeschaltet wurde, klärende Gespräche mit den Rektoren geführt hat; letztlich werden wir dann im Ausschuß Anfang des nächsten Jahres die aufgabenkritische Überprüfung noch einmal aufgreifen. Wieder hat der Ministerpräsident hier die Zügel in die Hand nehmen müssen, wie schon beim Notprogramm, das ich eben erwähnte. Da frage ich mich natürlich: Was ist eigentlich noch die Aufgabe der Wissenschaftsministerin? Wo liegen eigentlich ihre Handlungsmöglichkeiten, wenn ihr Verhältnis zu den Hochschulen des Landes doch offensichtlich so vollkommen zerrüttet ist?

(Zuruf von der F.D.P.: Anke ist über!)

(Reichel (F.D.P.))

- (A) Anspruch und Wirklichkeit klaffen auch weit auseinander, wenn man Ihre Stellenpolitik nicht nur quantitativ, sondern qualitativ betrachtet. Sie nennen aufgabenkritische Überprüfung, was in Wirklichkeit Auswahl nach Lebensalter ist; das brauche ich nicht weiter auszuführen, mein Kollege Schultz-Tornau hat heute morgen einen solchen Fall geschildert.

(Kniola (SPD): Das ist falsch!)

- Sie haben es zurückgewiesen. Ich frage mich allerdings, wo die Argumente waren, als Sie dieses zurückgewiesen haben. - Sie haben beispielsweise in Münster eine Stelle für Medienpädagogik eingespart. Wenn das in der Sache begründet wäre, dann hieße das ja, Medienpädagogik ist nicht ein Zukunftsreich, sondern im Gegenteil ein Bereich, der tendenziell der Vergangenheit angehört, wo man einsparen kann.

Jetzt frage ich mich aber, wie das in Ihr eigenes Konzept paßt, wenn Sie auf der anderen Seite eine Medienhochschule in Köln als zukunftsweisendes Hochschulprojekt errichten wollen. Das paßt doch nun wirklich nicht zusammen.

Zweitens: Schwerpunkt Ihrer Streichungen ist im wesentlichen der Bereich der philosophischen Fakultät, vorwiegend an den alten Universitäten, Schwerpunkt auf der Empfängerseite neben der Betriebswirtschaft die Informatik. Ich will Ihnen gar nicht vorhalten, daß man von einer mangelnden Auslastung gegenwärtig auch in den philosophischen Fakultäten wohl kaum reden kann,

(B)

(Kniola (SPD): Kennen Sie denn wenigstens die Zahlen?)

wenn in Bonn beispielsweise das Germanistische Seminar zu 181 % ausgelastet ist, was nicht gerade dafür spricht, daß man dort Stellen kürzen kann.

Aber Statistik, Herr Kniola, ist hier nicht der entscheidende Ratgeber. Wichtiger ist es uns zu fragen, ob es Sie nicht zumindest als Sozialdemokraten nachdenklich macht, wenn Patrick Bahners in der FAZ vom 1. Dezember kritisiert, daß die nordrhein-westfälischen Hochschulen in das Korsett eines rigorosen Kosten/Nutzen-Kalküls gezwängt werden. Was sich rechnet, schreibt er, ist praktisch quantifizierbare Verwertbarkeit.

Er befindet sich da in ganz merkwürdiger Übereinstimmung mit den Jungsozialisten, die in der eben zitierten Broschüre schreiben: "Hochschul- und Forschungspolitik darf nicht

allein dem Primat ökonomischer Verwertbarkeit untergeordnet werden." (C)

Was bleibt denn eigentlich vom Humboldtschen Bildungsideal, das unseren Universitäten immer einen gewaltigen Vorsprung gegenüber den Universitäten anderer Länder gegeben hat, übrig, wenn die Geisteswissenschaften bei uns gegenwärtig und vor allem in Zukunft nur noch die Rolle der "Petersilie auf der Suppe" spielen? Es sieht ganz nett aus, aber im Grunde sind sie überflüssig.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Kollege Reichel! Ihre Redezeit ist zu Ende!

Reichel (F.D.P.): Ich komme zum Ende. - Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich spreche Ihnen, Frau Brunn, nicht ab, daß Sie sich zuwenig für die Universitäten einsetzen wollen. Aber, wir müssen kritisieren, daß Sie sich dabei zuwenig durchsetzen und daß Sie sich offensichtlich nicht im Kabinett durchsetzen können.

Unser Anspruch ist, daß Wissenschaft und Forschung die Nummer eins sind, was dann heißt: Wir können nicht nur dann geben, wenn wir an anderer Stelle genommen haben, sondern wir wollen diesen Etat ausweiten, ihn zum Schwerpunkt des Landesetats machen. Wir schließen uns nicht dem Satz des Ministerpräsidenten an: Nur ein Narr gibt mehr als er hat.

Aus unserer Sicht ist derjenige ein Narr, der nicht dadurch in die Zukunft unseres Landes investiert, daß er Wissenschaft und Forschung mit Vorrang betreibt. (D)

Wir fordern auch nicht nur mehr öffentliches Geld. Alles, was wir hier beantragt haben - das wissen Sie sehr genau, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD - war von seriösen Deckungsvorschlägen begleitet.

(Beifall bei der F.D.P.)

Frau Vizepräsident Friebe: Ich erteile Herrn Abg. Kniola von der Fraktion der SPD das Wort.

Kniola (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will zunächst mit dem Kollegen Dr. Fischer beginnen, der hier wieder ausgeführt hat, daß es eigentlich die große Hochschulpolitik der CDU gewesen sei - in den 60er Jahren -, die dazu geführt habe, daß wir nun diese große Zahl von Studienplätzen haben. Er hat dazu als Beispiele die Gründungen in Bochum und Dortmund angeführt.

(Kniola (SPD))

- (A) In Bochum standen damals - weil ich da selber studiert habe, weiß ich das - drei Gebäude für 2 000 Studenten. Inzwischen haben wir dort über 35 000 Studenten. In Dortmund war gerade der Grundstein gelegt. Natürlich ist das vielleicht eine große Leistung, kurz vor Wahlen einen Grundstein zu legen. Ich muß aber sagen, der entscheidende Ausbau sowohl im personellen wie im investiven Bereich, der die Chancen der jungen Menschen in Nordrhein-Westfalen im Hochschulbereich gesichert hat, ist im wesentlichen in der Verantwortung von Wissenschaftsminister Johannes Rau passiert. Das muß doch hier einmal klar und deutlich gesagt werden.

(Zustimmung bei der SPD)

Wenn man, gerade was die Frage von räumlichen Kapazitäten angeht, das Land Nordrhein-Westfalen und die sozialdemokratisch geführte Landesregierung angreifen will, muß man wissen, daß, was die Frage der Erfüllung der räumlichen Zielplatzzahlen - also bauliche Investitionen - angeht, das Land Nordrhein-Westfalen einsam an der Spitze aller Bundesländer steht und daß es ein dramatisches Hinterherhinken der übrigen - insbesondere der süddeutschen - Bundesländer hinter den Ausbauzielen gibt, die zwischen Bund und Ländern im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe vereinbart worden sind.

- (B) Wir müssen heute, weil wir diese Studienplätze in Nordrhein-Westfalen geschaffen haben, einen gehörigen Teil der Überlast der anderen Bundesländer auch in Nordrhein-Westfalen als Studentenimportland jetzt mittragen.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Trinius (SPD))

Das zweite, was ich ansprechen möchte, Herr Kollege Fischer: Sie haben den Fiebiger-Plan angesprochen. Ich weiß, daß es schwierig ist, diesen Fiebiger-Plan hier in Nordrhein-Westfalen umzusetzen, daß die Hochschulen kein Interesse daran haben, unter diesen Bedingungen Fiebiger-Planstellen überhaupt vorzuschlagen.

Es ist nach einem ersten Schub, der da war und der auch ausgefüllt worden ist, zunehmend schwierig, hier entsprechend überhaupt zusätzliche neue Professorenstellen in den Hochschulen zu schaffen.

(Schultz-Tornau (F.D.P.): Das ist ja ein Witz!)

Wir müssen sehr sorgfältig noch einmal sehen, inwieweit Fiebiger-Plan-Anstrengungen und

- (C) Strukturplanung insgesamt miteinander vereinbar sind und ob wir dieses nicht - das wird eine der Aufgaben der zukünftigen Überlegungen sein, da es sich ja auch hier um ein Plus und Minus von Stellen handelt - in das Gesamtkonzept der Strukturüberlegung einbauen müssen.

Ich würde das vielleicht sogar für einen besseren Weg halten. Es würde vielleicht auch die Schwierigkeiten, die zur Zeit bestehen, ausräumen.

(Schultz-Tornau (F.D.P.): Darüber kann man diskutieren.)

- Ich freue mich, daß das allgemein als Diskussionsanregung Zustimmung findet.

Als nächstes möchte ich die Äußerung von Herrn Kollegen Reichel ansprechen. Er kann dazu natürlich keine genauere Kenntnis haben. Aber wenn er sagt, das Land Nordrhein-Westfalen habe sehr spät mit einem Notprogramm reagiert, dann muß ich erwidern: Das Land Nordrhein-Westfalen war das erste Bundesland überhaupt, das schon im Juni 1976 ein Programm "Notzuschlag auf Zeit" installiert und in diesem Zusammenhang viele hundert Millionen DM ausgegeben hat, bevor andere Bundesländer überhaupt daran gedacht haben, die erst Jahre später mit entsprechenden Vorschlägen hinterhergekommen sind und in der Summe sehr viel weniger getan haben.

(Zuruf von der SPD (zur F.D.P.): (D) Peinlich, nicht? - Gegenrufe von der F.D.P. - Schultz-Tornau (F.D.P.): 1976 ist Nordrhein-Westfalen in der Tat fortschrittlich regiert worden!)

- Ja, sicher. Es freut mich ja, daß Sie es wenigstens wissen. Ich habe ja nur gesagt, daß es Herr Kollege Reichel offensichtlich nicht gewußt hat. Dann soll er solchen Unsinn hier auch nicht erzählen.

(Schultz-Tornau (F.D.P.): Der Kollege Reichel bezieht sich doch auf einen anderen Sachverhalt!)

- Ja, ich weiß, welchen Sachverhalt er meint. Er meint das "Notprogramm Möllemann", ja?

Hier ist aber doch folgende Situation. Sie führen für den Bund an, Herr Kollege Reichel, daß man ja wohl schlechterdings nicht verlangen könne, daß der Bund in seinen Haushaltsplan schon etwas aufnimmt, bevor es Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern gibt. Gleichzeitig stellen Sie hier aber Anträge, die das Land verpflichten



(Kniola (SPD))

- (A) sollen, im Vorgriff auf solche Vereinbarungen schon entsprechende Mittel im Haushalt auszuweisen. Ich glaube, wenn man das eine für den Bund als Einrede vorbringt, muß man das genauso auch für das Land geltend machen können, dann muß man auch hier sagen können: Auch wir - und das ist ja die Erklärung der Landesregierung - werden entsprechende zusätzliche Mittel im Rahmen eines Nachtragshaushaltes ausbringen, so wie das dann offensichtlich als Verfahren laufen soll.

Ich kann nur sagen: Hier gibt es Beschlüsse der Landesregierung, nicht Erklärungen eines einzelnen Fachministers. Hier gibt es in der aktuellen Situation schon Erhöhungen im Rahmen des Notzuschlagsprogramms, und hier warten wir nach wie vor darauf, daß es entsprechende Beschlüsse der Bundesregierung gibt, die auch die Zustimmung des Bundesfinanzministers finden, und nicht nur einzelne, publizitätsorientierte Aktionen von Herrn Möllemann.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Reichel?

(Kniola (SPD): Bitte!)

Reichel (F.D.P.): Nachdem Sie mit dem Begriff des Nachtragshaushaltes für Bund und Land noch einmal geklärt haben, worum es mir bei der Kritik daran, daß sich das Land nicht an einem aktuellen Programm zur Lösung der Überlastung der Universitäten beteiligt und sich erst jetzt mit der Äußerung des Ministerpräsidenten dem angeschlossen hat, ging, möchte ich Sie fragen, ob Sie denn bereit sind, zur Kenntnis zu nehmen - noch einmal auf das Problem Bundesetat eingehend -, daß die personelle und sachliche Grundausrüstung der Universitäten einzig und allein Ländersache ist und daß wir uns alle vollkommen zu Recht furchtbar darüber aufgeregt hätten, wenn der Bundesbildungsminister, bevor die Länder eine Beteiligung an diesem Notprogramm beschlossen hätten, im Rahmen des Bundesetats in Angelegenheiten der Länder hineinflanzieren hätte.

(Frau Minister Brunn: Quatsch!)

Kniola (SPD): Herr Kollege Reichel, erstens weise ich mit Entschiedenheit zurück, daß Sie sagen, hier gäbe es keine Anstrengungen des Landes zur Behebung der Überlast. Ich weise nochmals darauf hin, daß in diesem Haushalt die Mittel im Rahmen des Notzuschlagsprogramms um fast 11 Millionen DM erhöht worden sind. Es gibt hier also große Anstrengungen

des Landes. Das muß man doch zunächst einmal erkennen. (C)

(Reichel (F.D.P.): Das sind Selbstverständlichkeiten!)

- Gut! Wenn das selbstverständlich ist, warum sagen Sie das denn nicht auch so klar und deutlich?

Das Zweite, was ich dazu sagen möchte, ist:

Wenn Sie hier so tun, als wenn das eine alleinige Erklärung des Ministerpräsidenten wäre, die er, abgehoben vom Kabinett, gemacht hätte, muß ich sagen: Hier gibt es einen Beschluß der Landesregierung. Ich warte immer noch vergebens, wie alle übrigen Interessierten in der Öffentlichkeit, auf einen entsprechenden Beschluß der Bundesregierung. Bisher pfeift der Möllemann allein im Wald, und sonst gar nichts.

(Schultz-Tornau (F.D.P.): Da machen Sie sich keine Sorgen; der Beschluß kommt in den nächsten Tagen!)

- Ich bin gespannt. Ihr Wort in Möllemanns Ohr, vor allem in Stoltenbergs Ohr, denn das ist das eigentlich Interessante dabei!

(Henning (SPD): Wie wäre es denn mit den Bundesforschungsanstalten? Das können wir sofort machen.)

- (B) Ich will aber zum nächsten Punkt kommen. Herr Kollege Reichel, ich gebe Ihnen zu - das habe ich heute morgen auch schon in einem Diskussionsbeitrag gesagt -, daß wir wirklich gemeinsam feststellen müssen, daß wir sehr schwierige Situationen an unseren Hochschulen haben. Aber nicht in allen Studiengängen und nicht an allen Standorten. Diese Differenzierung muß ich doch von jemandem, der sich verantwortlich zur Hochschulpolitik äußert, auch verlangen, daß er nicht die Überlast, die in einer großen Zahl von Studiengängen an einigen Standorten und in wenigen Studiengängen an vielen Standorten vorhanden ist, beschreibt, als wenn in allen Studiengängen an allen Standorten hier eine Überlast vorhanden wäre. Das ist doch das Mindestmaß an Differenzierung, das man hier erwarten kann. (D)

Wir haben Studiengänge - das wissen Sie vielleicht nicht, weil Sie ja nicht im zuständigen Ausschuß sind -, die eine Auslastung von 10 bis 15 % haben. Ich hoffe, daß Ihnen solche Fakten wenigstens bekannt sind. Angesichts einer solchen Situation ist es doch wohl zwingend erforderlich, daß man sich hier Gedanken darüber macht, wie man Stellen

(Kniola (SPD))

- (A) verlagert von solchen Bereichen, die weniger nachgefragt sind oder wo wir ganz klar und deutlich wissen, daß die jungen Menschen anschließend keine Berufschancen haben, in solche Studiengänge, in denen wir heute eine dramatische Überlast haben und klar und deutlich erkennen können, daß junge Menschen dort eine Berufschance haben.

Ich denke, es ist doch ganz wichtig, daß man hier klar und deutlich sagt - völlig anders, als Sie das hier immer auch sprachlich unterstellend machen -: Hier werden ja nicht 483 Stellen gestrichen, sondern hier werden 483 Stellen im Rahmen des Wissenschaftsetats verlagert und kommen der Hochschulausbildung, der Forschung in unserem Lande, wieder voll und ganz zugute. Ich glaube, das ist doch der entscheidende Unterschied. Mehrfach ist hier gesagt worden - Herr Kollege Fischer hat das auch wieder gesagt -, es handele sich hierbei um Flickschusterei; es gebe kein überzeugendes Gesamtkonzept.

(Schultz-Tornau (F.D.P.): Beleidigen Sie nicht die Flickschuster!)

- Ich habe das nicht gesagt; Herr Kollege Fischer hat das gesagt. Da müssen Sie sich mit ihm auseinandersetzen; ich zitiere hier nur.

Ich muß sagen: Das, was im Rahmen der aufgabenkritischen Überprüfung jetzt in diesem Haushalt an entscheidenden Stellenverlagerungen vorgenommen worden ist, ist Bestandteil eines Gesamtkonzeptes. Das wissen auch die Hochschulen. Es ist ja dieses Gesamtkonzept mit ihnen erörtert worden.

(B)

Eines ist allerdings dabei klar: Dieses ist ein Konzept, das nur Rücksicht nimmt auf die Situation bis zum Jahre 1991, weil uns doch klargeworden ist, gerade auch im Verlauf der Diskussion, daß die demographische Entwicklung nicht so schnell eintreten wird, wie das von allen gemeinsam - egal welches Bundesland, welche Bundes- oder Länderinstitution das prognostiziert hat - vorgesehen war.

Von daher kann natürlich keiner sagen: Dieses ist schon das Konzept 2001. Das ist doch völlig logisch. Es ist das Konzept, das die notwendigen Dinge vornimmt, die bis zum Jahre 1991 an Umwidmungen im Hochschulbereich erforderlich sind. Ich kann nicht akzeptieren, Herr Kollege Reichel, daß Sie sagen, hier wird mit der Axt durch die Hochschulen gegangen, hier werden nach Zufälligkeit, nach Lebensalter, die Stellen gestrichen.

(Schultz-Tornau (F.D.P.): Das kann man doch nachweisen.)

Es sind im Bereich der Kulturwissenschaften bis 1991 über 1 000 Stellen frei oder werden bis dahin frei. Von denen werden 230 verlagert.

(C)

Das heißt: Es ist also etwas mehr als jede fünfte Stelle. Das bedeutet schon: Hier wird differenziert, und auch in Identifizierungsgesprächen mit den Hochschulen wird gesucht, welche Stellen es sein können. Betrachte ich die Gesamtheit aller Stellen, so muß ich erkennen, daß weniger als 10 % aller freien und freierwerdenden Stellen bis 1991 durch die Umverlagerung betroffen sind. Dann kann mir aber doch niemand erzählen, daß diese 10 % nach Zufall ausgesucht worden seien; es sind doch die einzelnen Stellen mit den einzelnen Hochschulleitungen und -verwaltungen Stelle für Stelle durchgesprochen worden; sie sind von daher ausgesucht worden.

Dieses ist also das Verfahren. Sie hätten völlig recht, wenn wir wirklich die Gesamtheit aller freierwerdenden Stellen, die zufällig bis 1991 frei werden, umverlagert hätten. Dann würde Ihre Kritik zutreffen. Aber angesichts der tatsächlichen Relationen ist sie doch absolut falsch.

Was ich ebenfalls dazu sagen möchte: Hier ist erneut die Situation der Geisteswissenschaften beklagt worden, und Herr Kollege Reichel hat an dieser Stelle wieder die Geisteswissenschaften in Bonn als Beispiel herangezogen. Die allererste Frage, die mich dabei interessiert, ist - -

(D)

(Zuruf von der SPD: Er hört gar nicht zu.)

- Ich würde gerne zu Herrn Reichel sprechen. Das ist gar kein Vorwurf, das war mein eigener Kollege, der das verursacht hat.

Ihnen, Herr Kollege Reichel, würde ich gern eine kleine Bemerkung speziell zu Bonn machen.

Es ist doch sehr erstaunlich, daß diese Universität Bonn sich auch angesichts der jetzigen Überlastsituation in diesen Fachbereichen nach wie vor weigert, die dort vorhandene Lehrkapazität der ehemaligen Pädagogischen Abteilung der Hochschule Rheinland in diese Lehrveranstaltungen einzubeziehen. Hier wird nach wie vor so getan, als wären die Schotten dicht. Fach-zu-Fach-Integration wird hier nicht vorgenommen, obwohl die Studenten eigentlich einen Anspruch darauf hätten. - Ich glaube, das ist nun zunächst ein wichtiger Einwand.

(Kniola (SPD))

- (A) Das zweite, das man dazu sagen muß: Ich persönlich habe ein hochrangiges Interesse daran, daß Geisteswissenschaften wegen ihres - ich habe das ausgeführt, als wir hier über Geisteswissenschaften sprachen - allgemeinen Zusammenhangs mit der Humboldtschen Universitätsidee, wegen ihrer besonderen Bedeutung auch für unsere Kulturnation, an allen Hochschulen unseres Landes erhalten bleiben. Ich werde nicht den Egoismus der großen Hochschulen unterstützen, den es dort zur Zeit gibt, die erklären: Geisteswissenschaften bei uns, in Köln, in Münster, in Bochum aufbauen, und lassen Sie sie doch in Siegen, in Bielefeld, in Paderborn oder sonstwo pleite gehen! Das ist die Hochschulpolitik, die gegenwärtig von diesen Hochschulen betrieben wird, und das ist das Ziel der Aktion. Ich bin sehr dankbar, daß einer der Wortführer gerade aus Bonn dieses auch ganz deutlich soeben in einem Zeitungsinterview ausgesprochen hat.

Das nächste, was ich hier noch kurz sagen will - -

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist leider abgelaufen.

(Kniola (SPD): Entschuldigung! Darf ich noch einen Satz sagen?)

- Ja, bitte schön!

- (B) Kniola (SPD): Das ist sehr freundlich, danke schön! Eines will ich dazu noch anmerken.

(Dr. Pohl (CDU): Aber bitte die Interpunktion beachten!)

- Ich werde mich bemühen, Herr Kollege Pohl.

(Heiterkeit)

Ich darf nur auf eines aufmerksam machen. Uns liegen keine Stellenanträge, auch nicht von denjenigen, die hier die Stellensituation so sehr beklagen, vor, und zwar weder im Ausschuß noch hier im Plenum. Es gibt keine Anträge dazu. Jedoch gibt es einen interessanten Vorgang, nämlich diesen: In der Stellenplankommission haben ausgerechnet die jetzt hier so sehr klagenden Oppositionsparteien beantragt, daß für die Verteilung - nicht für das Einsammeln - der Stellen ein qualifizierter Sperrvermerk ausgebracht werde, das heißt, Sie wollen auch erreichen, daß es noch länger dauert, bis diese Stellen neu bei den Hochschulen landen.

(Beifall bei der SPD)

- (C) Vizepräsident Dr. Riemer: Für die CDU-Fraktion erteile ich nun Herrn Abg. Mohr das Wort. Bitte sehr!

Mohr (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kniola, der Hinweis auf die anderen Bundesländer hilft den Betroffenen leider nicht. Jeder Student hat nur eine Bildungschance, und die hat er jetzt, in 1989 und den folgenden Jahren. Deshalb ist das eine Vertröstungspraxis, die wenig zur Beseitigung dieser Probleme beiträgt.

Das Zweite: Sie sprachen von den Berufschancen. Es gibt, wie die Arbeitsämter und alle Prognosen bestätigen, im Bereich der Betriebswirtschaftslehre durchaus sehr gute Berufschancen. Es ist falsch, hier mit einem Numerus clausus zu antworten und damit vielen jungen Menschen eine gute Berufschance zu verbauen.

Das Dritte: Hier wurde wiederholt betont, daß bei der demographischen Entwicklung das Studienverhalten nicht vorhersehbar war. Das stimmt nicht ganz. In diesem Hause ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß man mit größeren Studentenzahlen rechnen muß. Man hat sich einfach nicht damit auseinandergesetzt und hat den Rückbau betrieben. Deshalb stehen wir heute vor sehr großen Problemen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die heutige Auseinandersetzung ging ab und zu sicher in den Bereich der Übertreibung und auch Polemik; aber diese selbstzufriedene Betrachtungsweise, die Herr Kollege Büssow heute morgen hier an den Tag legte, und auch Ihre Darstellung einer nahezu heilen Welt, Frau Ministerin Brunn, gehen an der Wirklichkeit vorbei!

(Zustimmung bei der CDU)

Lassen wir zum Einzelplan 06 - Wissenschaft und Forschung - einige Zahlen und Fakten sprechen! Die Ausgabenentwicklung im Hochschulbereich stellt sich folgendermaßen dar: 1985 wurden 5,513 Milliarden DM, 1986 5,523 Milliarden, 1987 5,715 Milliarden, 1988 5,838 Milliarden DM ausgegeben. 1989, also jetzt, sind 5,916 Milliarden DM verplant. Das ist eine Steigerung um 7 % in fünf Jahren. Sie paßt wohl eher in die wortverdrehende Formel vom Minuswachstum. Bedenkt man nämlich bei diesen Zahlen lediglich die Personal- und Sachkostensteigerungen, dann kann man ohne Übertreibung von Schrumpfung im Hochschulbereich sprechen.

1988 waren 9,56 % des Gesamthaushalts Kosten für Wissenschaft und Forschung; 1989 sind es

(Mohr (CDU))

- (A) 9,65 %. Vor dem Hintergrund rapide steigender Studentenzahlen ist dies sicher keine grandiose Steigerungsrate. Die Jugend des Landes hat Spaß am Studieren und ist lern-, fortbildungs- und leistungsbereit. Das belegen folgende Zahlen: Die Zahl der Studienanfänger stieg im gleichen Zeitraum, nämlich von 1985/86 mit 50 282 über 52 504 in 1986/87 auf 58 069 und heute auf die Rekordmarke von 61 580. Das sind 20 % Studienanfänger mehr.

Die Gesamtzahl kletterte von 408 965 in 1985/86 auf 454 059 Studenten und nahm um 15 % zu. Meine Damen und Herren, das muß man einmal ins Verhältnis setzen zu den Haushaltszahlen, die ich gerade genannt habe.

In den vergangenen Jahren haben Sie unsere rechtzeitigen Warnungen immer wieder leichtfertig mit dem zu erwartenden Rückgang der Studentenzahlen zurückgewiesen. Diesen äußerst fahrlässigen Irrtum und seine Folgen müssen nun die Studenten und Hochschullehrer ertragen.

So stellte das Wochenmagazin "Der Spiegel" unlängst fest: Uni '88, das bringt Enttäuschung und Frust. In Köln korrigieren 180 Hochschullehrer pro Semester 18 000 Klausuren im Fach Betriebswirtschaftslehre. Wer durchgefallen ist, erfährt davon so spät, daß er die Prüfung erst im übernächsten Semester wiederholen kann.

- (B) (Dr. Fischer (CDU): Unglaublich!)

In der gleichen Ausgabe bemerkt der Rektor der Universität Bochum, Knut Ipsen: Noch schlimmer sieht es mit den Prüfungskorrekturen aus. In einer juristischen Übung müssen zumeist etwa 200 Hausarbeiten von zwanzig Seiten Länge von zwei Assistenten durchgesehen werden. Das bedeutet: 2 000 Seiten Lektüre plus Korrekturen! Ich habe Arbeiten gesehen, bei denen ich mir sagte: So hätte man das nie und nimmer korrigieren dürfen!

Mit zu 200 % überbesetzten Seminaren und 280 % Auslastung in einzelnen Fachbereichen läßt sich wohl kaum noch sinnvoll und zügig studieren.

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, unseren Antrag, das Notzuschlagsprogramm von 35 Millionen DM auf 50 Millionen DM anzuheben, lehnten Sie ab. Herr Kniola, Sie sprachen zwar eine geringfügige Steigerung dieses Programms an. Dringend notwendig wäre aber neben der Bejahung unseres Antrages eine Flexibilisierung der Bewirtschaftungspraxis dieser Mittel.

- (C) Auch eine stärkere Kontinuität und langfristige Perspektiven sind gefragt und notwendig. Plötzlich entstehende dringende Bedürfnisse aus den Hochschulen sollten nicht durch bürokratische Hemmnisse unberücksichtigt bleiben. Unseren Antrag zur Förderung von Schwerpunkten an Fachhochschulen weisen Sie bisher ebenfalls rigoros zurück. Während die CDU-Fraktion stets Bereitschaft zeigte, sinnvolle und hilfreiche Anträge von Ihnen zu unterstützen, hatte bisher keiner der CDU-Anträge eine Chance, von Ihnen überdacht zu werden. Das grenzt an parteipolitische Borniertheit. Und die wird Ihnen niemand als verantwortungsvolles politisches Handeln abnehmen.

Neben den eklatanten personellen Engpässen ist vor allem die bauliche Situation an einigen Hochschulen besorgniserregend. Sosehr wir die dringend notwendigen Mittel zur Stärkung im medizinischen Baubereich begrüßen, müssen wir feststellen, daß die Raumsituation an vielen Hochschulen problematisch ist. Über 1 100 BWL-Studenten sitzen und stehen im qualvoll engen 800 Studenten fassenden großen Hörsaal der Uni Münster. In Paderborn, so war der Presse zu entnehmen, sind inzwischen Stadt und Kreis bereit, einen dringend notwendigen größeren Hörsaal auch finanziell zu unterstützen, weil die SPD-Landesregierung nicht in der Lage ist, ihre "Hausarbeiten" zu machen.

- (D) Der "Spiegel" berichtet dazu: "Mit großem Andrang hatte Martina Wolter (21), Ingenieurstudentin an der TH Aachen, bei der Anmeldung zum Elektrotechnik-Praktikum II gerechnet. Um 9.00 Uhr am Morgen sollte sie da sein. Sie kam eine Viertelstunde früher. Doch den Raum im 2. Stock, in dem sie sich melden sollte, bekam sie gar nicht zu sehen. Rund 800 Kommilitonen schubsten und drängelten im Treppenhaus. Es war eng, die Luft zum Wegwerfen."

Frau Ministerin Brunn und Sie, Herr Ministerpräsident Rau, sprechen oft davon, daß Nordrhein-Westfalen die dichteste Hochschullandschaft vorhalte. Die Studierenden erfahren diese Dichte als Enge, weil sie sehr drangvolle Raumverhältnisse vorfinden. Hoffentlich wird die Hochschulforschung nicht erdrückt oder zerquetscht.

Völlig unzureichende Bibliotheksausstattungen verschlechtern die Studienbedingungen und tragen zur Verlängerung der Studienzeiten bei. Die Wartezeiten bei den Bibliotheken schaffen zudem ein Zweiklassenrecht. Wer die notwendige Fachliteratur selbst bezahlen kann, studiert erfolgreicher und schneller. Die teilweise überlangen Studienzeiten ver-

(Mohr (CDU))

- (A) ringern die Berufs- und Zukunftschancen unserer Jugendlichen, und sie sind auch im europäischen Vergleich durch das Problem der Überalterung benachteiligt.

Sehr geehrte Damen und Herren von der SPD-Fraktion! Zu Ihrem Vorhaben, die Mittel für die studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräfte von den Hochschulen teilweise zu den Fachhochschulen umzustellen, können Sie mit unserer Zustimmung nicht rechnen. Diese Rasenmähermethode ist nicht sachgerecht. Die Mangelverteilung in diesem Bereich, wo übrigens junge Mitarbeiter gegen geringes Entgelt oft voll zur Verfügung stehen, ist keine Lösung.

Unbestritten sind wir für eine Verstärkung der Kräfte an den Fachhochschulen. Sie dürfen jedoch nicht bei wachsenden Studentenzahlen zu Lasten der Universitäten gehen.

Sie vergessen bei der beabsichtigten Regelung auch, daß beispielsweise die Gesamthochschule Paderborn rund 30 % Fachhochschulabsolventen betreut, ohne von der Neuaufteilung zu partizipieren.

Wir sind für einen gesunden Wettbewerb zwischen den Hochschulen. Die Landesregierung hat dafür zu sorgen, daß dieser unter ausgewogenen und fairen Bedingungen stattfindet.

- (B) Im Bereich der Kunst- und Musikhochschulen ist die Verbesserung der Vergütung für die Lehraufträge und Gastprofessuren ein notwendiger Schritt. Wir begrüßen das. Überflüssig ist in diesem Bereich die bürokratische Umsetzung des Kunsthochschulgesetzes. Die Fachbereichsbildung ist fragwürdig. Ein Übermaß an Verwaltung nützt den Hochschullehrern und Studenten hier nichts. Solche Verwaltungsressourcen wären in Forschung und Lehre besser untergebracht.

Frau Minister Brunn, Sie sollten die Demonstrationen der Studenten nach dem Gesagten in vielen Hochschulstädten und die der rund 20 000 am 1. Dezember 1988 hier in der Landeshauptstadt Düsseldorf ernster nehmen. Die Studenten demonstrieren, soweit ich das beobachten konnte, nicht aus ideologischen, sondern aus sehr ernst zu nehmenden sachlichen Gründen. Die Zukunftschancen von Studierenden sind auch die Zukunftschancen unseres Landes.

Zusammenfassend muß man leider feststellen, daß der Einzelplan 06, wie die Haushalte der Vorjahre, dem Anspruch der Studenten und Hochschulen nur bedingt, in manchen Bereichen nicht gerecht wird. Die oft be-

schworene Erneuerung des Landes findet zwar häufig verbal, weniger aber in der Praxis statt.

(C)

Der Bereich der Forschung ist gefährdet. Unter der Überlast im Lehrbetrieb drohen die Universitäten zu reinen Lehranstalten zu degenerieren. Diese Landesregierung hinkt einer progressiven Entwicklung der Hochschulen mühsam hinterher, reglementiert häufig an falscher Stelle und läßt jeden Ansatz von Schwung und Begeisterung vermissen. Da nützt es wenig, wenn man vor Wahlterminen mühsam oberflächlich verkleistert. Sie, meine Damen und Herren von der SPD, werden zunehmend zu spüren bekommen, daß die Studenten, die Professoren und alle Bürger des Landes es leid werden, die rauhe Wirklichkeit in Übereinstimmung mit den Sprüchen von SPD-Repräsentanten zu sehen. Allzu sehr klaffen Anspruch und Realität hier auseinander.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Das Wort hat die Ministerin für Wissenschaft und Forschung, Frau Brunn.

Frau Brunn,<sup>\*)</sup> Minister für Wissenschaft und Forschung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Mohr, Sie haben eben gesagt, man solle die Anliegen der demonstrierenden Studenten ernst nehmen. Tatsächlich nehme ich die Anliegen der Studenten, die hier bei uns und anderswo demonstrieren, sehr ernst. Ich glaube, es sollte für uns alle wichtig sein, diese Anliegen ernst zu nehmen.

(D)

(Zustimmung bei der SPD)

Trotzdem ist es richtig, diese jungen Menschen, die einen Anspruch an uns stellen, nicht als Katastrophe, sondern als große Chance für die Zukunft zu bezeichnen.

(Dr. Pohl (CDU): Nach dem Motto "Per aspera ad astra"!)

Richtig ist es, in diesen jungen Menschen diejenigen zu sehen, von denen wir erwarten, daß sie in 10, 20 Jahren die Entwicklung unserer Gesellschaft bestimmen. Darum ist es eine Verantwortung, darum ist es keine Katastrophe.

Aus diesem Grunde halte ich es auch für ganz falsch, Herr Kollege Reichel, daß Sie meine durchaus ernst gemeinten Worte in der Aktuellen Stunde total verdrehen. Ich habe nichts dagegen, wenn man mich zitiert, wie der Kollege Fischer, aber ich habe sehr viel

(Frau Minister Brunn)

- (A) dagegen, wenn man mich falsch zitiert, wie Sie das getan haben. Ich erwarte von Ihnen in Zukunft, daß Sie, wenn Sie schon zitieren, korrekt und im Zusammenhang zitieren.

(Zustimmung bei der SPD)

Deshalb will ich es hier wiederholen: Das ist keine Katastrophe, sondern das ist eine Chance. Es war vielleicht nicht zu erwarten, daß die Studentenzahlen diesmal noch in dem Ausmaß gestiegen sind. Aber ich habe Ihnen gesagt: Sie haben die Entwicklung verschlafen. Ich wiederhole es: Sie haben die Entwicklung tatsächlich verschlafen; denn Sie haben im November dieses Jahres eine Aktuelle Stunde zu dem Thema der steigenden Studienanfängerzahlen beantragt. Nur: Sie haben dabei übersehen, daß die Zahlen im vergangenen Jahr fast doppelt so stark gestiegen waren wie in diesem Jahr. Weil im vergangenen Jahr eine entsprechende Entwicklung abzusehen war, haben wir in diesem Jahr bereits über 70 Millionen DM zusätzliche Mittel in die Hochschulen hineingegeben. Das war ein wesentlicher Grund dafür, weshalb wir das getan haben.

Während Sie im November solche Fragen stellen, haben wir uns erstens in unseren Planungen und zweitens in unseren Taten auf solche Entwicklungen eingestellt.

Vizepräsident Dr. Riemer: Frau Ministerin, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

- (B) (Frau Minister Brunn: Gern!)

- Bitte, Herr Fischer!

Dr. Fischer (CDU): Frau Brunn, Sie haben eben von falschem Zitieren gesprochen. Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß ich den Artikel aus der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" wörtlich zitiert habe

(Frau Minister Brunn: Ja sicher!)

und daß bei Ihrem Interview bisher von Ihnen noch kein Widerspruch erfolgt ist?

Frau Brunn,<sup>\*)</sup> Minister für Wissenschaft und Forschung: Herr Kollege Fischer, ich habe doch gesagt, daß Herr Reichel mich im Gegensatz zu Ihnen falsch zitiert hat. Damit habe ich gleichzeitig gesagt, daß Sie mich richtig zitiert haben. Sie haben mich nämlich in einem Artikel in der "Frankfurter Allgemeinen" aus dem Frühjahr 1987 richtig zitiert, als ich in dieser Zeitung zu einem Zeitpunkt, als das Land Nordrhein-Westfalen Stellen tatsächlich abgesetzt und nicht umverteilt hat, dem Journalisten Herrn

- Reumann gesagt habe, ich sei der Auffassung, wir könnten aus unserem Hochschulbereich keine Stellen abgeben, ich hielte es für falsch, Stellen abzusetzen, und ich fände dies insbesondere dann falsch, wenn andere Länder zusätzliche Stellen hätten. (C)

Sie werden wohl auch gemerkt haben, daß sich die Landesregierung meiner Auffassung angeschlossen hat. Fortan nämlich brauchten wir keine Stellen mehr abzusetzen, fortan haben wir Stellen umverteilt. Im nachhinein hat sich das als vollkommen richtig erwiesen. Ich brauche auch keinen Millimeter von dem zurückzunehmen, was ich in der "Frankfurter Allgemeinen" gesagt habe, genausowenig wie ich das ändern muß, was ich in der Aktuellen Stunde gesagt habe. Aber ich wehre mich, wenn ich falsch zitiert werde. Ich wehre mich auch, wenn man mir unterstellen wollte, als wäre ich der Auffassung, man sollte für die Studenten nichts tun. Im Gegenteil! Ich bin der Auffassung, man sollte etwas für die Studenten tun. Das habe ich nicht nur gesagt, sondern wir haben es getan. Das ist das, was uns von Möllemann unterscheidet.

(Zustimmung bei der SPD)

Wenn Sie sagen, in den letzten Jahren wäre der Wissenschaftsetat von Nordrhein-Westfalen nur um 7 % gestiegen, dann sage ich: Im gleichen Zeitraum ist der Bildungsetat des Bundesbildungsministers um fast ein Viertel gesunken. Das ist nämlich der Unterschied.

(Zurufe von der SPD: Hört, hört!)

(D)

Nicht nur bei dieser Steigerung, die tatsächlich relativ gering, aber immerhin kontinuierlich ist, haben Sie nicht hinzugerechnet, was wir zum Beispiel in diesem Jahr mit 72 Millionen DM über den Etat zusätzlich getan haben. Da würde ich sagen, bitte rechnen Sie das doch auch dazu. Das gibt allein im Jahre 1988 ganze andere Zahlen aufgrund der Entscheidungen der Landesregierung, die Sie nicht einbezogen haben. Sie können ziemlich sicher sein, daß Sie die nicht mitgerechnet haben. Ich halte es nicht für korrekt, wenn man hier diese Dinge nicht hinzurechnet.

Wir haben also nicht nur die Entwicklung beobachtet, sondern wir haben gehandelt und sind bereit, weiter zu handeln. Herr Kollege Reichel, wenn Sie das bitte zur Kenntnis nehmen wollen.

Und wenn ich sage, wie wir mit dem Bundesbildungsminister umgehen, benenne ich nur schlicht die Fakten. Der Bundesbildungsminister hat im September dieses Jahres in

(Frau Minister Brunn)

(A) der Bund-Länder-Kommission vorgeschlagen, man solle ein Bund-Länder-Programm machen.

(Schultz-Tornau (F.D.P.): Da war reichlich Häme!)

- Das war keine Häme, sondern - ich bin ja in der Sitzung Vorsitzende geworden, und ich habe das genau verfolgt - wir haben gesagt, wir würden gern ein solches Programm machen, nur sollte der Bund doch bitte sagen, was er sich darunter vorstellt, weil er nämlich den Eindruck hatte, er hätte schon ein Programm. Er hat aber keins gehabt. Und er hat im Bundestag auch keins durchbekommen. Er hat dann Vorschläge gemacht, wie er es sich denken würde, nämlich mit Forschungsmitteln, Graduiertenförderung usw. Das hatte er den Kultusministern dann auf anderem Wege unterbreitet. Sie wissen, daß die Kultusminister der Länder dieses abgelehnt und ein eigenes Programm erarbeitet haben. Die Kultusminister der Länder haben gesagt, das, was der Bundesbildungsminister vorschläge, mache keinen Sinn. Aber ein Programm überhaupt macht Sinn. Darum wollen sie sich mit Herrn Möllemann über ein neues Programm zusammenraufen. Sie wollen sich nicht nur zusammenraufen, sondern sie haben auch gesagt, wie sie es sich denken, nämlich zusätzliche Mittel in überlastete Bereiche bundesweit hineinzubringen und diese Mittel durch eine Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern mittels einer Änderung der Finanzierung bei der DFG vorzusehen. Da braucht man kein Gesetz, da braucht man keinen Staatsvertrag, da braucht man schlicht nur eine Verwaltungsvereinbarung. Das haben die Länder nicht ohne Zutun, sondern auf Vorschlag von Nordrhein-Westfalen so entwickelt. Und wir stehen nicht nur zu diesem Vorschlag, sondern wir haben auch beschlossen, daß wir als Landesregierung einen solchen Vorschlag unterstützen wollen. Das wird dem Bund in der nächsten Sitzung der Bund-Länder-Kommission am 12. Dezember, nächsten Montag, unterbreitet. Dann werden wir als Länder dieses dort vorstellen und hören, was der Bundesbildungsminister seinerseits dazu sagt.

(Zustimmung bei der SPD)

Soweit ich weiß, ist der Bundesminister auf gutem Wege, sich unserem Vorschlag anzunähern. Soweit ich weiterhin höre, werden die Ministerpräsidenten jedenfalls weitgehend diesen Vorschlag unterstützen, den die Kultusminister gemacht haben. Ich hoffe, daß der Bundeskanzler dieses ebenfalls tut. Dann wird der Bund seinerseits einen Nachtragshaushalt machen. Das Land Nordrhein-Westfalen hat bereits mit seinen zusätzlichen

Mitteln wahrscheinlich den größten Teil dessen, was da aufzubringen ist, erbracht. Wir lassen uns da aber nicht auf Punkt und Komma festlegen. Wenn dafür weitere Mittel notwendig sind - -

(Schultz-Tornau (F.D.P.): Soll das heißen, daß Sie die Komplementärmittel des Landes in Frage stellen wollen?)

- Ja, wir haben schon zusätzliche Mittel eingebracht, Herr Kollege Schultz-Tornau. Der Stichtag dieser Verabredung war der 01.10.1988. Wir haben nach dem 01.10.1988 in unseren Etat bereits zusätzliche Mittel hineingebracht. Und wir haben Mittel, die zusätzlich verfügbar sind, in einer Reihe von Programmen für solche Zwecke. Wir sagen, wenn darüber hinaus noch etwas notwendig ist, werden wir das auch machen.

Vizepräsident Dr. Riemer: Frau Ministerin - -

Frau Brunn, Minister für Wissenschaft und Forschung: Wir haben hier also die volle Möglichkeit, mit den entsprechenden Mitteln umzugehen.

- Herr Präsident ich möchte jetzt meine Ausführungen zum Schluß bringen.

Vizepräsident Dr. Riemer: Die Entscheidung liegt ganz bei Ihnen.

Frau Brunn, Minister für Wissenschaft und Forschung: Das heißt: Erstens haben wir die Bereitschaft, zweitens haben wir die Voraussetzung, drittens haben wir im Gegensatz zu anderen etwas geleistet, und viertens haben wir auch als Bundesland im Vergleich zu den anderen Bundesländern am meisten getan. Herr Kollege Reichel, das werden Sie wissen. Wir haben nämlich nicht nur seit elf Jahren sowieso diese Notzuschlagsprogramme - darum können wir relativ schnell reagieren; wir können schneller reagieren als andere -, sondern wir haben eben diese Dinge auch relativ schnell aufgestockt.

Ich möchte noch eine Anmerkung machen zu dem, was Herr Dr. Fischer ausgeführt hat. Er sagte, die Hochschulen seien von der Abwanderung qualifizierter Wissenschaftler betroffen.

(Zuruf des Abg. Dr. Fischer (CDU))

- Ich hatte Sie so verstanden. - Tatsächlich haben wir keine Abwanderung zu verzeichnen.

Ich möchte hier noch einmal wiederholen: In den letzten 14 Tagen habe zwei bedeutende

(Frau Minister Brunn)

- (A) Wissenschaftler Nordrhein-Westfalens Rufe an die ETH Zürich abgelehnt. Wer weiß, was Technische Hochschule Zürich bedeutet - das ist so ungefähr das Attraktivste vom Attraktiven in Europa -, der wird mir in meiner Einschätzung recht geben, daß es, wenn man einen solchen Ruf ablehnt, weil man es vorzieht, in Nordrhein-Westfalen zu bleiben, etwas heißen will.

Ich lege Wert darauf, daß gute Wissenschaftler Nordrhein-Westfalen als erste Adresse sehen. Wir haben nicht nur die Möglichkeit, solche zu halten; wir haben auch die Möglichkeit, solche zu gewinnen. Wir haben eine solche Möglichkeit dadurch, daß wir flexibel im Einsatz unserer Mittel sind. Aus diesem Grunde ist auch eine Umverteilung in einem gewissen eigenen Maße für uns so notwendig, damit wir flexibel sind im Einsatz unserer Mittel.

Ich möchte noch eine letzte Anmerkung machen. Hier wird immer gesagt, Nordrhein-Westfalen gäbe pro Kopf seiner Bevölkerung so unheimlich wenig für Bildung und Wissenschaft aus. Ich habe dies einmal umrechnen lassen:

Ausgaben der Wissenschaftsetats pro Kopf der Bevölkerung. Ich möchte Sie nicht mit allen Zahlen langweilen, aber will hervorheben: Nordrhein-Westfalen gibt pro Kopf der Bevölkerung 284,58 DM aus, Baden-Württemberg 304,09 DM - das ist etwas mehr, aber nicht einmal 10 % - und Bayern 285,41 DM - das heißt, praktisch genausoviel pro Kopf der Bevölkerung wie Nordrhein-Westfalen. Wenn Sie dann bedenken, daß wir an Bayern und Baden-Württemberg noch über die Max-Planck-Gesellschaft Geld bezahlen, sehen Sie, daß wir uns hier ganz normal im Länderdurchschnitt mit unseren Ausgaben verhalten. Das bedeutet etwas, wenn man weiß, wie finanziell belastet dieses Land ist. Das ist ein Opfer, diese Mittel aufzubringen. Ich finde, wir sind dieses Opfer wert. Nur: Man muß es auch ab und zu einmal sagen, daß man diese Mittel tatsächlich für unsere Hochschulen zur Verfügung stellt, daß sie uns wert und lieb und teuer in jeder Beziehung sind. Ich denke, wir brauchen unser Licht nicht unter den Scheffel zu stellen.

Ich bitte Sie, dem Etat zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen über die Änderungsanträge, so wie sie in der

- Zusammenstellung aufgeführt worden sind, ab, und zwar zunächst über den Änderungsantrag Drucksache 10/3875 der Fraktion der F.D.P. - Stichwort: Soforthilfeprogramm für Hochschulen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist abgelehnt. (C)

Wir stimmen jetzt über den Änderungsantrag der F.D.P.-Fraktion Drucksache 10/3876 - Stichwort: Deutsch-sowjetische projektbezogene Forschungs- und Entwicklungsarbeiten - ab. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Nun zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion Drucksache 10/3877 - Stichwort: Notzuschlagsprogramm für Hochschulen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir stimmen jetzt über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion Drucksache 10/3878 - Stichwort: Förderung von Schwerpunkten an Fachhochschulen - ab. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

- Jetzt stimmen wir über den Änderungsantrag der F.D.P.-Fraktion Drucksache 10/3879 - Stichwort: Beseitigung von Brandschäden in der Neurochirurgischen Klinik - ab. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag abgelehnt. (D)

Nunmehr kommen wir zum Änderungsantrag der F.D.P.-Fraktion Drucksache 10/3880 - Stichwort: Medizinische Einrichtungen der Universität Düsseldorf. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag ebenfalls abgelehnt.

Wir stimmen nun über den Einzelplan 06 - Minister für Wissenschaft und Forschung - ab. Wer dem Einzelplan 06 entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/3806 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen - Damit ist der Entwurf des Einzelplans 06 in zweiter Lesung angenommen.